

DIE LINKE. Berlin
8. Landesparteitag, 4. Tagung
24. September 2022

Antrag A 36

Antragssteller*in: LAG Bildung & Schule und der LAG Wissenschaftspolitik

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Ausbildungsoffensive jetzt! Berliner Schulen für die Zukunft fit machen

2 Für DIE LINKE. Berlin ist die Versorgung der Berliner Schulen mit ausreichend pädagogischem Personal,
3 insbesondere Lehrkräften, eine zentrale Grundvoraussetzung für Bildungsgerechtigkeit und eine gute,
4 gerechte und inklusive Berliner Schule.

5 DIE LINKE. Berlin setzt sich dafür ein, den im Koalitionsvertrag vereinbarten bundesweiten Staatsvertrag
6 zur bedarfsgerechten Lehrkräftebildung schnellstmöglich auf den Weg zu bringen. Dazu sollen die für
7 Bildung und Wissenschaft zuständigen Senatsverwaltungen gegenüber den anderen Bundesländern auf
8 Ebene der KMK initiativ tätig werden. ¶

9 DIE LINKE. Berlin beauftragt ihre Mitglieder in AGH und Senat, sich vehement für das Erreichen folgen-
10 der Ziele einzusetzen, insbesondere bei den anstehenden Hochschulvertragsverhandlungen und den
11 Verhandlungen für den Doppelhaushalt 24/25:

- 12 • Eine grundsätzliche Revision der Lehrkräftebedarfsprognose, eine Präzisierung nach gesamtem
13 Bedarf sowie Fach und Lehramtstyp, die auch den aus pädagogischen Verbesserungen resul-
14 tierenden zusätzlichen Bedarf in verschiedenen Szenarien beziffert;
- 15 • Erstellung einer solchen Prognose zwingend bis zum Beginn der Hochschulvertragsverhandlungen
16 für die voraussichtlich ab 2024 geltenden Hochschulverträge;
- 17 • eine Festsetzung von verbindlichen und tatsächlich bedarfsdeckenden Zielzahlen für Absol-
18 vent*innen (nach Fach und Lehramtstyp sowie gesamt) auf Grundlage dieser Bedarfsprognose;
- 19 • eine bedarfsdeckende Erhöhung der Studienplätze im Lehramt, um die Erreichung der festge-
20 legten Absolvent*innenzahlen gewährleisten zu können;
- 21 • eine verbesserte räumliche und personelle Ausstattung der Universitäten für die Lehrkräftebil-
22 dung zusätzlich zum jährlichen Aufwuchs der Globalhaushalte von 3,5%, damit die Universitäten
23 diese Zielzahlen erfüllen und gleichzeitig die Qualität (Betreuung, Begleitung und Beratung) des
24 Studiums sowie gute Studien- und gute Arbeitsbedingungen gewährleisten können;
- 25 • die langfristige Absicherung und Bereitstellung der zusätzlichen Mittel in Höhe von mindestens
26 17 Mio. € jährlich für die Schaffung zusätzlicher Ausbildungskapazitäten bei der Lehrkräftebil-
27 dung;
- 28 • die Vereinbarung von Anreizen und ernsthaften Sanktionsmechanismen in den Hochschulver-
29 trägen für das Erreichen bzw. Verfehlen der vereinbarten Zielzahlen;

- 30 • eine Anpassung des halbjährlichen Berichtswesens der Lehrkräftebildenden Universitäten, um
31 die unmittelbar und mittelbar mit Lehrkräftebildung zusammenhängenden Mittelverausgabun-
32 gen eindeutig nachvollziehen zu können;
- 33 • regelmäßige standardisierte Evaluationen der Lehramtsstudiengänge (inkl. der Gründe für Stu-
34 dienabbrüche und Fokus auf den Bereich der Übergänge Bachelorstudium/Masterstudium und
35 Masterstudium/Referendariat);
- 36 • eine erste Überprüfung der Zielerreichung und ggf. Nachverhandlung nach zweieinhalb Jahren
37 für den Bereich Lehrkräftebildung;
- 38 • für die Student*innen der Sozialen Arbeit, die an der Alice-Salomon-Hochschule ausgebildet
39 werden, wird ein analoges Verfahren mit konkreten anteilig bedarfsdeckenden Zielzahlen fest-
40 geschrieben;
- 41 • in Bezug auf die Bedarfsprognosen und bei den Verhandlungen zu den Hochschulverträgen ist
42 Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit herzustellen, das beinhaltet auch die Veröffentli-
43 chung von Ergebnissen von durch die öffentliche Hand in Auftrag gegebenen und finanzierten
44 Studien;
- 45 • Weiterentwicklungen der Lehrkräftebildungsstrukturen, des Lehrkräftebildungsgesetzes und al-
46 ler untergesetzlichen Rahmensetzungen erfolgen auf Grundlage von Evaluationen bestehender
47 Strukturen;
- 48 • Unterstützung der Diskussion und Bestrebungen an den Universitäten zur besseren strukturel-
49 len Verankerung der Lehrkräftebildung;
- 50 • Schaffung weiterer qualitätsvoller Möglichkeiten der Flexibilisierung von Wegen in die unter-
51 schiedlichen Lehramtstypen, auch Schaffung von lehramtsbezogenen Weiterbildungsstudien;
- 52 • Konsolidierung bisheriger und Schaffung neuer Q-Master-Programme;
- 53 • Initiierung eines Pilotprojekts „Ausbildungs-Schule“ ähnlich wie in Potsdam oder Sachsen zur
54 Weiterentwicklung der Lehrkräftebildung sowie von Kooperationen mit den Hochschulen der
55 Angewandten Wissenschaften (HAW) für den Bereich des Lehramts für berufliche Schulen;
- 56 • Ausweitung universitärer Angebote für Schulen, um zukünftigen Studierenden einen Einblick in
57 die verschiedenen Studienfächer zu geben;
- 58 • die Einrichtung eines „Runden Tisch Lehrkräftebildung“, der kurzfristige, aber auch langfristige
59 und nachhaltige Lösungen für die quantitativen und qualitativen Probleme bei der Lehrkräfte-
60 bildung erarbeitet werden und dass zu dem „Runden Tisch“ neben den Verwaltungen und poli-
61 tischen Ebenen der Senatsverwaltungen für Bildung und für Wissenschaft auch die GEW Berlin,
62 die fachpolitischen Sprecher*innen aus dem AGH, Vertretungen wie der LEA und der LSA und
63 maßgebliche Bildungsinitiativen eingeladen werden.

64 Begründung:

65 Berlin braucht Lehrkräfte. Im laufenden Schuljahr konnten ganze 875 Vollzeitstellen nicht besetzt wer-
66 den, Tendenz steigend. Obwohl die Hochschulen als Zielvorgabe haben, jährlich 2.000 Absolvent*innen
67 in Lehramtsstudiengängen zum Abschluss zu führen (tatsächlich müsste Berlin eigentlich ca. 3.000

68 Lehramtsstudierende jährlich ausbilden, um alle offenen Stellen mit Laufbahnbewerber*innen zu beset-
69 zen!), verlassen nur etwa 900 Absolvent*innen die vier lehrkräftebildenden Hochschulen. Der Mangel
70 ist gravierend und verfestigt Bildungsungerechtigkeit. Deshalb muss die Lehrkräftebildung an den Hoch-
71 schulen mehr Priorität erlangen. Dafür müssen wir als LINKE. Berlin uns insbesondere in den bevorste-
72 henden Hochschulvertragsverhandlungen einsetzen.